

STAAT UND GESELLSCHAFT

Der Mensch im Mittelpunkt – das ist die Grundaussage der FREIEN WÄHLER. Wir kümmern uns um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und wollen für unser Land eine bessere Zukunft schaffen. Wir wollen eine mündige und politische Gesellschaft, in der Konflikte demokratisch ausgetragen und am Ende tragfähige Kompromisse gefunden werden: eine Debattenkultur ohne Denkverbote.

Allerdings müssen wir feststellen, dass das Vertrauen in unseren demokratischen Rechtsstaat gegenwärtig auf die Probe gestellt wird: Über die sozialen Medien verbreiten sich Verschwörungstheorien, Pseudowissenschaft, Unwahrheiten und extremistisches Gedankengut. Gleichzeitig wird Qualitätsjournalismus als „Lügenpresse“ verunglimpft. Fakten verlieren an Bedeutung.

Mit Transparenz und ideologiefreier Sachlichkeit kann das Vertrauen der Menschen zurückgewonnen werden. Hierfür stehen wir FREIEN WÄHLER.

A. Bürgerrechte stärken

1. Bürgerbeteiligung und Transparenz

Wir FREIEN WÄHLER sind kommunal stark verankert – das macht uns aus. Wir wissen daher, was für die Menschen in einer Region gut ist. Aus dem Grund unterstützen wir FREIEN WÄHLER lokale und regionale Initiativen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Beteiligungsrechte der Bürger*innen in Planungs- und Zulassungsverfahren gestärkt werden. Das hilft frühzeitig, Konflikte zu vermeiden. Wir fordern darüber mehr Transparenz in diesen Verfahren.

Wir FREIEN WÄHLER fordern die Herabsenkung der zu hohen Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide, die Einführung von Volksabstimmungen bei Fragen von grundlegender Bedeutung und die Ermöglichung bundesweiter Volksentscheide zu nationalen und europäischen Fragen.

Unsere Ziele:

- Quorum bei Bürgerbegehren von 10 auf 5% senken,
- Quorum bei Volksbegehren von 9 auf 5 % senken,
- Themenausschluss für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide reduzieren,
- Beteiligungsrechte der Bürger*innen in Planungsverfahren stärken.

2. Verbraucher- und Datenschutz

Wir FREIEN WÄHLER gehen bei unserer Verbraucherschutzpolitik vom gut informierten und mündigen Bürger aus. Ohne großen Aufwand müssen die Menschen ihre Verbraucherrechte überblicken können. Aufgabe des Staates ist es daher, einen geeigneten Rechtsrahmen durch transparente Verfahren und klare, unbürokratische Regelungen für Verbraucherrechte zu schaffen und für eine effektive Durchsetzung zu sorgen. Der Verwaltung und den Unternehmen dürfen dabei allerdings keine zusätzlichen Belastungen durch bürokratische Regelungen auferlegt werden.

Wir FREIEN WÄHLER werden uns dafür einsetzen, das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt personell und finanziell zu verstärken. Auch die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e. V. werden wir stärker fördern. Wir werden ihr auch zweckgebundene Mittel zur Verfügung stellen, um die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt über Kostenfallen und „Abzocke“ im Internet aufzuklären und für die Risiken zu sensibilisieren.

In der Lebensmittelproduktion setzen wir FREIE WÄHLER verstärkt auf Regionalisierung. Das verkürzt die Transportwege, hilft bei der sicheren Deklaration von Lebensmitteln und verbessert die Versorgung mit in der Region produzierten gesunden Nahrungsmitteln.

Das informationelle Selbstbestimmungsrecht genießt als Teil des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts Verfassungsrang. Die persönlichen Daten jedes Bürgers bedürfen eines besonderen Schutzes. Der Landesdatenschutzbeauftragte Sachsen-Anhalts muss personell und finanziell deutlich besser ausgestattet werden, um die gewachsenen Aufgaben nach der Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes unter Berücksichtigung der Datenschutzgrundverordnung erfüllen zu können. Darüber hinaus machen wir FREIEN WÄHLER uns dafür stark, in dieser Behörde ein Beratungsangebot zu etablieren, das insbesondere Vereine bei der Einhaltung des Datenschutzes, unter anderem bei der Nutzung sozialer Medien, dem Führen von Mitgliederdatenbanken usw. unterstützt.

Unsere Ziele:

- klare Lebensmittelkennzeichnung,
- bessere Verbraucherinformation,
- Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt und Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e. V. unterstützen,
- Lebensmittelproduktion stärker regionalisieren,
- angemessene Personalausstattung des Landesdatenschutzbeauftragten Sachsen-Anhalt und Etablierung eines Beratungsangebotes.

3. Wahlen

Wir FREIEN WÄHLER wollen möglichst vielen Menschen die Teilnahme an Wahlen ermöglichen. Deshalb sind die Voraussetzungen des passiven Wahlrechtes, also selbst zu

kandidieren, zu vereinfachen. Das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen ist auf ein Mindestalter von 17 Jahren herabzusetzen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern darüber hinaus, das Prinzip der Stichwahlen bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen abzuschaffen. Wer im ersten Wahlgang die meisten Stimmen hat, ist gewählt.

Unsere Ziele:

- Wahlalter bei Landtagswahlen auf 17 Jahre absenken,
- Stichwahlen abschaffen,
- Anzahl notwendiger Unterstützungsunterschriften senken,
- Eintragungsfristen verlängern und Online-Eintragungen ermöglichen.

4. Medien und Netz

Wir FREIEN WÄHLER wollen eine vielseitige Medienlandschaft erhalten und dadurch Meinungsvielfalt bewahren. Wir bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und setzen uns für den Erhalt lokaler Fernseh- und Radiosender sowie Zeitungen ein. Wir sehen es als unsere politische Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk zu erhalten.

Die Pressefreiheit ist eine der Säulen unserer Demokratie. Angriffe auf Medienvertreter*innen sind auch Angriffe auf die Demokratie und dürfen nicht zugelassen werden.

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Netze und des Breitbandes ist weiter zu forcieren. Der Zugang zum Internet muss für alle sozialen Gruppen ermöglicht werden.

Unsere Ziele:

- eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft erhalten,
- öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterentwickeln,
- Jugendschutz stärken und Alterskontrolle verbessern.

B. Sicherheit und Ordnung

1. Polizei – Innere Sicherheit

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine wesentliche Aufgabe unseres Staates. Wir sehen Sicherheit als einen umfassenden Begriff an, der nicht nur die

Gefahrenabwehr betrifft. Nicht zuletzt durch die Angst vor Terror und zunehmender Einbruchskriminalität leidet auch das persönliche Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung ausgebaut wird. Sie gehört in Zeiten zunehmender Einbrüche zu den wichtigsten polizeilichen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Beratung über wirksame Sicherungseinrichtungen und Schwachstellenanalysen müssen flächendeckend angeboten und die Bevölkerung durch Werbemaßnahmen darauf aufmerksam gemacht werden.

Die innere Sicherheit in Sachsen-Anhalt funktioniert zurzeit aufgrund des akuten Personalmangels nur noch eingeschränkt. Deshalb fordern wir eine schnellstmögliche Erhöhung der Personalstärke unserer Polizei auf das Niveau von 2011: 6800 Polizist*innen. Der Beförderungsstau ist zügig abzubauen. Unser Ziel ist mehr Präsenz der Polizei auf der Straße. Hierzu ist die Zahl der Regionalbereichsbeamten zu erhöhen. Die technische Ausstattung ist auf den aktuellen Stand zu bringen. Bodycams sind verpflichtend einzuführen. Zur besseren Ermittlung von Straftäter*innen, aber auch zur Abschreckung sind an besonders neuralgischen Stellen intelligente Videoüberwachungsanlagen aufzubauen.

Unabhängig von der ideologischen Ausrichtung sind Extremisten Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und müssen mit allen Mitteln unserer wehrhaften Demokratie bekämpft werden. Auf rechtes, linkes und religiös motiviertes Handeln gegen unseren Staat müssen wir in gleicher Weise reagieren. Dies gilt auch für die sogenannten Reichsbürger. Bei ihnen handelt es sich nicht bloß um irgendwelche Querulanten, sondern um Gefährder unserer öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Durch einen stärkeren bundesdeutschen Verfassungsschutz müssen solche Extremisten besser länderübergreifend überwacht werden.

Die Zahl tätlicher Angriffe auf Amtsträger wie Polizei- und Rettungskräfte steigt in beunruhigender Weise. Die Attacken sind zum Teil äußerst brutal. Wir wollen daher das Strafmaß bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verschärfen und auf Rettungskräfte ausweiten. Wir fordern eine Mindeststrafe von einem Jahr in schweren Fällen. Wir FREIEN WÄHLER sind stolz auf unsere Polizei sowie unsere Rettungskräfte und stehen an ihrer Seite.

Unsere Ziele:

- personelle und technische Ausstattung verbessern,
- härtere Strafen bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Angriffen auf Rettungskräfte,
- Einbruchsprävention fördern,
- kommunale Ordnungsämter stärker durch die Polizei unterstützen,
- Problemgebiete häufiger bestreifen,
- Extremismus früh erkennen und bekämpfen,
- Verfassungsschutz stärken.

2. Justiz

Wir FREIEN WÄHLER fordern die unbedingte Respektierung des Rechtsstaates. Gesetze sind einzuhalten – dies ist nicht verhandelbar und selbstverständlich.

Die Justiz muss sofort personell und finanziell besser ausgestattet werden und durch schnellere Verfahren wieder in die Lage versetzt werden, dem Recht zeitnah zur Geltung zu verhelfen. Aus Zeitnot entstehende Prozessverschleppungen, Formfehler oder Überlastung von Justiz und Polizei, nicht selten mit der Folge unverhältnismäßig milder Strafen (zum Beispiel wegen überlanger Verfahrensdauer), darf es nicht mehr geben.

Für uns FREIE WÄHLER ist die Unabhängigkeit der Justiz unverzichtbar. Politische Einflussnahme gegenüber der Justiz lehnen wir ab. Die Weisungsbefugnis des Justizministeriums gegenüber Staatsanwaltschaften ist abzuschaffen. Sie entspricht nicht dem Prinzip der Gewaltenteilung.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass auch leichtere Straftaten und Vandalismus verfolgt und geahndet werden. Sie sind nicht selten die Vorstufe zu weiteren Delikten. Das gilt auch für jugendliche Intensivtäter*innen. Analog dem Neuköllner-Modell mit Warnschussarrest, sollen die Behörden wie Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft und Jugendgericht besser zusammenarbeiten.

Sicherheit bietet mehr Lebensqualität und dabei geht es nach Auffassung der FREIEN WÄHLER um tatsächliche und nicht nur um gefühlte Sicherheit.

Unsere Ziele:

- Gerichtsstandorte und JVA Volkstedt erhalten,
- Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und finanziell aufstocken,
- Strafmilderungsgründe reduzieren,
- Weisungsbefugnis des Justizministeriums für die Staatsanwaltschaften abschaffen,
- Opferschutz vor Täterschutz stellen.

3. Straßenverkehr

Sachsen-Anhalt hat erfolgreich den Moped-Führerschein mit 15 eingeführt. Hieran halten wir fest. Das begleitende Fahren im PKW ist ab 17 Jahren möglich. Wir wollen diese Möglichkeit bereits Jugendlichen ab 16 Jahren eröffnen, um so in Begleitung noch längere Zeit Erfahrungen sammeln zu können.

Wir fordern mehr Bürgerbeteiligung bei der Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen und bei Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Kommunen, zum Beispiel in Wohngebieten und in der Nähe von Schulen.

Zur Förderung des Radverkehrs fordern wir den zügigen Ausbau von Radwegen. Bei der Priorisierung der Maßnahmen darf aber nicht allein auf die Anzahl der Verkehrsbewegungen abgestellt werden, sondern auch die Erschließungsfunktion für zentrale Orte und die Schließung von Lücken im Radwegenetz. Innerörtlich soll verstärkt die Möglichkeit genutzt werden, in Einbahnstraßen den entgegenkommenden Radverkehr zuzulassen. Wir fordern die sofortige Einführung von sogenannten Abbiege-Assistenten für LKW zum Schutz von Fahrradfahrern im Wege der Nachrüstung.

Autobahnen zählen zu den sichersten Straßen in Deutschland. Die Zahl der Verkehrstoten war 2019 so gering wie nie. Ein Tempolimit würde auch nur zu einer marginalen Abgasreduzierung führen. Deshalb lehnen wir ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. Wir setzen auf einen verantwortungsvollen Umgang aller mit der Straßenverkehrsordnung.

Unsere Ziele:

- begleitendes Fahren ab 16,
- kommunale Mitsprache bei innerörtlichen Geschwindigkeitsregulierungen,
- Radverkehr fördern,
- kein generelles Tempolimit auf Autobahnen.

C. Staat und Verwaltung

1. Parlament und Landesverwaltung

Die Landtagsabgeordneten haben sich aus unserer Sicht ausschließlich an den Interessen der Bürger*innen zu orientieren. Wir FREIEN WÄHLER werden uns deshalb für die Einführung eines Lobbyregisters stark machen sowie uns dafür einsetzen, dass die Tätigkeit von Landtagsabgeordneten in Aufsichtsräten, Beiräten und ähnlichen Gremien verpflichtend veröffentlicht werden. Damit wollen wir erreichen, dass mögliche Einflussfaktoren auf politische Entscheidungen offen dargestellt werden. Dies dient im Ergebnis der Verhinderung von Einflussnahme.

Im Interesse der von uns bevorzugten bürgernahen Politik werden wir FREIEN WÄHLER uns dafür einsetzen, dass die Arbeit der Landtagsabgeordneten und des Parlaments in jeder Hinsicht stärker öffentlich wahrnehmbar wird. Gesetzgebungsverfahren sollen von der Antragstellung über Stellungnahmen und Änderungsanträge bis hin zu den Stellungnahmen der Interessenverbände über das Internet öffentlich zugänglich sein. Anhörungen zu Gesetzesinitiativen sind stets öffentlich anzukündigen.

Wir FREIEN WÄHLER vertreten die Auffassung, dass der Landtag und die Landesverwaltung in erster Linie den Interessen der Bürger*innen und der Kommunen, in denen sie leben, verpflichtet sind. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass in der Landesverwaltung ein funktionierendes Qualitätsmanagement eingeführt wird. Gerade beim Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung muss die Verwaltungsdigitalisierung in den Blick genommen werden. Eine digitale Aktenführung, stärkere Transparenz und neue Prozesse werden zu Veränderungen in der Verwaltung führen. Die Umsetzung des gesetzlichen Prinzips der offenen Daten führt zu einer entgeltfreien Bereitstellung, einem freien Zugang zu Daten und der Verpflichtung der Maschinenlesbarkeit. Die dafür erforderlichen Veränderungsprozesse müssen auch in der Landesverwaltung vorangetrieben werden. Verwaltungsmodernisierung ist ein ständiger Prozess und eine Daueraufgabe. Ein funktionierendes Qualitätsmanagement führt auch dazu, dass ständig kritisch überprüft wird, ob hier tatsächlich alle Möglichkeiten bereits genutzt werden.

Wir FREIEN WÄHLER stehen in jeder Hinsicht für Transparenz. Dies gilt auch für den Landeshaushalt. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass Beraterverträge, die immer in Sachsen-Anhalt für Skandale gesorgt haben, reduziert und offen dargestellt werden.

Wir werden uns darüber hinaus für die Stärkung der Rechte und Aufgaben des Landesrechnungshofes einsetzen. Die Verwendung von öffentlichen Mitteln muss vollständig unter Kontrolle des Landesrechnungshofes stehen. Dies gilt auch für Stiftungen und Vereine, die ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Wir FREIEN WÄHLER werden auch die besondere Rolle des Landesverwaltungsamtes analysieren. Die Bündelung von Aufgaben im Landesverwaltungsamt muss einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass so viele Aufgaben wie möglich durch die Kommunen vor Ort erledigt werden können. Dies zeigen die Erfahrungen anderer Bundesländer sowie die wiederholt vorgebrachten Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände. Dadurch wird einer Entfremdung zwischen der Bevölkerung und Politik/Verwaltung entgegengewirkt.

Um behördliche Tätigkeit bürgernäher stattfinden zu lassen, werden wir FREIEN WÄHLER uns dafür einsetzen, dass das Landesverwaltungsamt zukünftig an drei Standorten in Sachsen-Anhalt regional angesiedelt wird: Nord (Stendal), Mitte (Dessau-Roßlau) und Süd (Halle).

Bei notwendigen Umzügen von Ministerien und Landesbehörden sind Standorte außerhalb der Oberzentren, bevorzugt Regionen, die dem Strukturwandel besonders unterliegen, zu präferieren. Durch eine räumliche Verteilung politischer Institutionen und Behörden im Land wollen wir für die Menschen Politik wieder erlebbar machen, um so dem fortgeschrittenen Misstrauen gegen staatliche Institutionen zu begegnen.

Unsere Ziele:

- Lobbyregister einführen,
- mehr Bürgernähe der Abgeordneten,
- Gesetzgebungsverfahren öffentlich zugänglich machen,
- Anhörungen zu Gesetzesinitiativen öffentlich ankündigen,
- funktionierendes Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung einführen,
- mehr Transparenz im Landeshaushalt herstellen,
- Rechte und Aufgaben des Landesrechnungshofes stärken.
- eine bürgernahe und moderne Landesverwaltung,
- Kommunen stärken: möglichst viele Aufgaben durch die Kommunen vor Ort erledigen lassen,
- Landesbehörden regionalisieren.

2. Öffentliche Finanzen

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für ausfinanzierte Haushalte aller Städte und Landkreise ein. Dabei sind sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen, die Städte und Landkreise stärker als bisher bei der Bewältigung der finanziellen Herausforderungen zu unterstützen. Nur so können die Kommunen selbstbestimmt ihre Pflichtaufgaben erledigen und freiwillige Leistungen gewähren.

Die neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Zeit – insbesondere auch unter dem Aspekt der COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen – stellen die öffentlichen Finanzen vor neue und anspruchsvolle Herausforderungen. Das Land hat zur Abmilderung der Folgen der Pandemie den seit Jahren eingeschlagenen Weg der Konsolidierung verlassen. Um eine wirtschaftliche Rezession zu vermeiden, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten war diese Entscheidung richtig. Für die Gerechtigkeit unter den Generationen und die Wiedergewinnung von finanzpolitischem Handlungsspielraum muss das Land jedoch schnellstens auf den Konsolidierungskurs zurückkehren.

Auch und gerade im Interesse der Kommunen, dem unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen, sind solide Landesfinanzen unabdingbar. Gesichert werden müssen vor allem die finanziellen Grundlagen für die wirtschaftliche Weiterentwicklung, die Infrastruktur, Bildung, innere Sicherheit, Gesundheit und Kultur des Landes. Dazu ist eine politische Prioritätensetzung notwendig, die Effizienz der Mittelumsetzung ist zu steigern und der Verschwendung der Kampf anzusagen.

Die Kommunen profitieren direkt von gesunden und soliden Landesfinanzen, da sie auf die Einnahmen aus dem Landesfinanzausgleich und deren Verlässlichkeit und Stabilität angewiesen sind. Kommunen müssen über auskömmliche Finanzen verfügen, sonst können sie die ihnen übertragenen Pflichtaufgaben nicht erfüllen. Sie brauchen daneben jedoch auch ausreichende Mittel für freiwillige Aufgaben, für Theater, Vereine, Schwimmbäder,

damit sie ein lebenswertes Umfeld für ihre Bürger gestalten können. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in all ihren Facetten muss sichergestellt sein.

Für die Altschuldenproblematik der Kommunen soll gemeinsam mit dem Land und mit Hilfe des Bundes eine solidarische Lösung gefunden werden. Ein starkes Land braucht starke Kommunen.

Die Europäische Union und der Bund stellen den Bundesländern und Kommunen Fördermittel für unterschiedliche Zwecke zur Verfügung. Um von diesen Drittmitteln profitieren zu können, ist es notwendig, eigene finanzielle Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung zu haben. Dies gelingt dem Land und vielen Kommunen nicht immer in ausreichendem Umfang. So gehen Mittel verloren, die das Land und die Kommunen dringend für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess, für Forschung und Entwicklung, die Bildung und Kultur sowie die Infrastruktur brauchen. Die Sicherung dieser notwendigen Kofinanzierungsmittel muss oberste finanzpolitische Priorität haben.

Das Land erhält gesondert bis 2038 rund 4,8 Milliarden Euro für den Strukturwandel in der Kohleregion. Im Kohlerevier im südlichen Sachsen-Anhalt soll damit eine Zukunftsperspektive erschlossen werden. Es ist unentbehrlich, dass die Kommunen der betroffenen Region durch das Land eng in die Konzipierung und Umsetzung des Strukturwandels einbezogen werden. Entscheidungen von oben herab sind nicht akzeptabel.

Die Feuerschutzsteuer, die dem Land Sachsen-Anhalt nach Vereinnahmung durch den Bund zufließt, wird seit vielen Jahren zu weit mehr als 50 Prozent in den Landeshaushalt eingestellt und nicht für unsere Feuerwehren ausgegeben. Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die Feuerschutzsteuer zukünftig ausschließlich zweckgebunden für die Finanzierung der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt verwendet wird.

Wir FREIEN WÄHLER fordern mehr finanzielle Ausgleichsleistungen für Sachsen-Anhalt im Rahmen des Länderfinanzausgleichs durch den Bund zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass durch die steuerlichen Instrumente der Organschaftsverhältnisse und Gewinnabführungsverträge in Sachsen-Anhalt erwirtschaftete Umsätze und Gewinne in andere Bundesländer fließen. Die in Sachsen-Anhalt erwirtschafteten Gemeinschaftssteuern auf Umsatz und Gewinn müssen über den Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden.

Wir FREIEN WÄHLER fordern eine Vereinfachung der Fördermittellandschaft und kein „Totreglementieren“. Bei Fördermaßnahmen wird auf jeder politischen Ebene zusätzlich reglementiert und ergänzt, was zu einem riesigen Verwaltungsaufwand in der Beantragung der Förderungen führt. Wegen der zu leistenden Eigenanteile und des personellen Aufwandes der Kommunen werden Fördermittel nicht abgerufen. Es werden eher reiche Kommunen die Finanzierung schaffen und arme Kommunen nicht.

Der Landesrechnungshof stellt in seinen Jahresberichten regelmäßig Verschwendung öffentlicher Gelder durch Landesbehörden fest. Bei Sale-and-lease-back-Geschäften, ausgelagerten Gesellschaften oder Beraterverträgen mangelt es erheblich an Transparenz. Es ist dringend eine strengere Kontrolle der Effizienz und Notwendigkeit öffentlicher Ausgaben durchzusetzen. Hierfür sind insbesondere die Prüfrechte und die Personalausstattung des Landesrechnungshofs zu stärken.

Einer stärkeren Kontrolle bedarf auch die Landesbank. Die FREIEN WÄHLER sind gegen die Aufnahme neuer Landesschulden zur Finanzierung von Verlusten der NordLB.

Die Tilgung der Schulden aus eigenen Mitteln betrug 2018 gerade einmal 20 Millionen Euro. Derzeit bestehen über 20 Milliarden Euro Schulden. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung lag Sachsen-Anhalt mit 8.692 Euro je Einwohner auf einem der hinteren Plätze im Bundesvergleich. Daher werden wir um höhere Bundeszuweisungen kämpfen.

Unsere Ziele:

- schnelle Rückkehr des Landes zum Pfad des Schuldenabbaus,
- auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen durch das Land,
- solidarische Lösung zwischen Bund, Land und Kommunen in der Altschuldenproblematik der Kommunen aushandeln,
- vollumfängliche und effiziente Nutzung aller angebotenen Fördermittel von der Europäischen Union und vom Bund durch Sicherstellung der notwendigen Kofinanzierungsmittel,
- effizienter Einsatz aller finanziellen Mittel von Land und Kommunen und deren Kontrolle durch den Landesrechnungshof,
- Steuergeldverschwendung bekämpfen – Landesrechnungshof stärken,
- höhere Bundeszuweisungen für Sachsen-Anhalt fordern,
- Feuerschutzsteuer zweckgebunden zur Finanzierung der Feuerwehren verwenden.

3. Bund-Land-Beziehung

Im Grundgesetz ist verankert, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Bundesländern zu gewährleisten sind. Diese Forderung muss Maßstab für die Zusammenarbeit mit dem Bund sein. Wir fordern mehr Anstrengungen durch den Bund, Sachsen-Anhalt bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu unterstützen.

Die hinteren Plätze bei Bildung, Wirtschaftskraft, Investition, Altersstruktur, Mangelverwaltung in vielen Bereichen (Ärztmangel, Lehrermangel, Juristenmangel), Beförderungstau bei der Polizei, Investitionstau bei den Krankenhäusern, unterlassener Fördermittelabruf wegen fehlender Eigenmittel – all das muss in der Gesamtbetrachtung der Vergangenheit angehören. Dabei muss der Bund Sachsen-Anhalt im Interesse der Menschen, die hier leben, unterstützen, um dem Anspruch des Grundgesetzes gerecht zu werden.

Unabhängig vom Föderalismus-Prinzip, das wir FREIEN WÄHLER respektieren, wollen wir überprüfen, an welchen Stellen es sinnvoll ist, dieses Prinzip zu vernachlässigen. Beispielsweise halten wir bundesweit einheitliche Bildungsstandards für dringend erforderlich.

4. Europa

Wir FREIEN WÄHLER sind proeuropäisch und befürworten den europäischen Einigungsprozess. Nur dieser garantiert uns Sicherheit und Frieden, Freiheit und Mobilität, wirtschaftlichen Wohlstand und Raum zur Selbstverwirklichung. Wir treten für ein demokratisches Europa ein, das den Schutz der persönlichen Freiheit garantiert, nationale, regionale und lokale Identitäten aber nicht in Frage stellt.

Viele Gesetze und Verordnungen unseres Landes haben ihren Ursprung in Europa. Deswegen wollen wir im Interesse der Menschen in Sachsen-Anhalt so früh wie möglich Einfluss auf politische Entscheidungen in Brüssel nehmen. Europa muss für sie transparenter werden. Jedes relevante EU-Dokument muss es deshalb in deutscher Sprache geben.

Wir glauben an den Ausbau von Sachsen-Anhalt zur wirtschaftlichen und kulturellen Europaregion in Deutschland als Motor für neue Arbeitsplätze. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER:

- die Auflösung des überstürzt eingeführten Europäischen Stabilitätsmechanismus, um so ein höheres Budget für Investitionen in die Regionen zu bekommen,
- die Abschaffung von finanziellen Vorteilen in Folge des Brexits. Stattdessen sollte es finanzielle Anreize für Unternehmen geben, die sich in strukturschwächeren Gegenden, wie zum Beispiel der Altmark oder Mansfeld-Südharz niederlassen,
- die Einführung von Europabüros vor Ort in den Regionen, die der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Verwaltung als Anlaufstelle dienen,
- den Erhalt des Bargelds,
- den Erhalt und die staatliche Finanzierung der Meister-Ausbildung, denn sie garantiert qualitativ hochwertige Dienstleistungen im Handwerk und sichert dessen Fortbestand,
- den Erhalt des dezentralen Banksystems mit Volksbanken und Sparkassen, um auch zukünftig in ländlichen Regionen Gelddienstleistungen vorhalten zu können.